

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 24 / 19 22 Nr. 1077

877/48

Dr. Dr. h. c. H. Heimerich
Rechtsanwalt u. Steuerberater

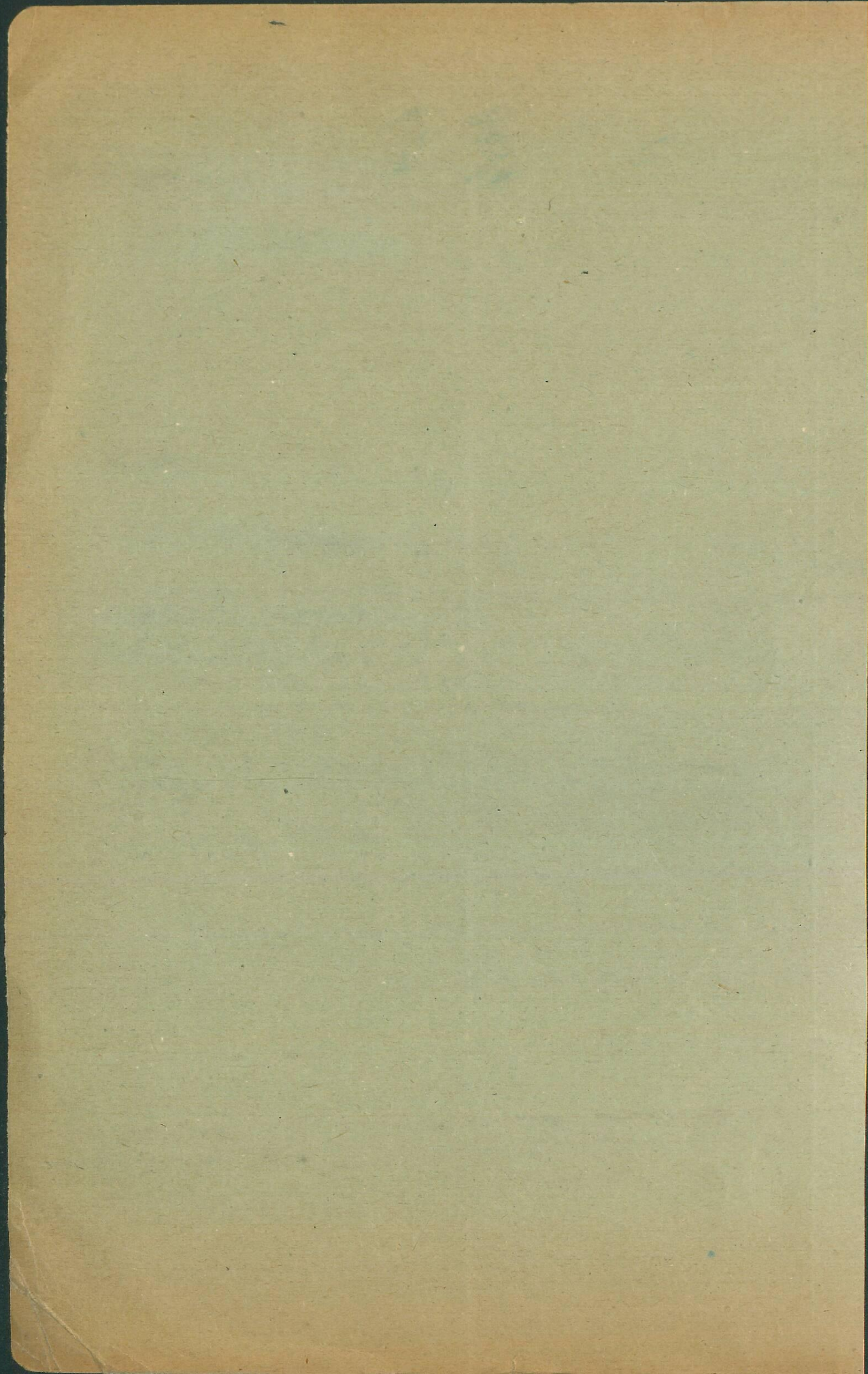
Interessengemeinschaft
Industriehafen Sandhausen

angefangen: 19

beendet: 19

STADTARCHIV MANNHEIM
Archivalien-Zugang 50/1979 Nr. 561

1077



Abgabe 18/8 D.C.

*3. I - 49
1. IV 49
1. 4. 49*

7. Dez. 1948.

47/48

Dr. O./M.
- 877 -

Herrn

Johannes Becker
Zivilingenieur

Heidelberg
Handschuhsheimer Landstr. 27

*Dr. Beck
zu Sanke Wollen
bei weiteren folgendem einm.*

Sehr geehrter Herr Becker !

Wir beziehen uns auf unsere gutachtliche Stellungnahme in der Angelegenheit Interessengemeinschaft Industrieaufbau Sandhausen vom 14. Oktober 1948 und gestatten uns, für unsere Bemühungen ein Honorar von DM 50.- in Rechnung zu stellen .

Mit vorzüglicher Hochachtung !

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

1. Dec. 1971

12.0.71
- 575 -

1. Dec. 1971

1. Dec. 1971

1. Dec. 1971

1. Dec. 1971

1. Dec. 1971

14. Okt. 1948.

Dr. O. / M.
- 877 -

Herrn

Johannes Becker
Zivilingenieur

Heidelberg
Handschuhsheimer Landstr. 27.

Sehr geehrter Herr Becker !

Bezugnehmend auf die kürzlich mit Ihrem Herrn
v. Schweinitz gehabte Besprechung nehme ich zu
dem mir unterbreiteten Sachverhalt wie folgt Stellung :

Es handelt sich um den geplanten Abschluss eines
Vertrages der Interessengemeinschaft Industrieaufbau Sand-
hausen mit dem Badenwerk. Diese Interessengemeinschaft
bezweckt die gemeinsame Errichtung einer Stromanschluss-
anlage (Transformatorenhaus) für mehrere in der dorti-
gen Gegend gelegenen Industriefirmen . In dem Vertrag
soll nunmehr das Badenwerk verpflichtet werden, nur mit
solchen Sonderabnehmern gleiche Verträge abzuschliessen ,
wie mit der Interessengemeinschaft , die sich an den der
Interessengemeinschaft entstandenen anteiligen Baukosten
beteiligen .

Uns ist die Frage unterbreitet , ob es möglich
und zweckmässig ist, diese Verpflichtung des Badenwerks
durch einen Eintrag im Grundbuch dinglich zu sichern .

Hierzu ist folgendes zu bemerken :

Die Verpflichtung des Badenwerks, alle S o n d e r-
abnehmer an die Interessengemeinschaft zu verweisen und
ihren Anschluss von einer Tragung der anteiligen Baukosten
am Transformatorenhaus abhängig zu machen, kann in dieser

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

Form nicht durch Grundbuchseintragung gesichert werden .
Das BGB erkennt grundsätzlich nur dingliche Rechte als eintragungsfähig an (vgl. Staudinger zu § 873 BGB) .
Es ist deswegen z.B. von der Rechtsprechung als nicht eintragbar bezeichnet worden das Recht , von einem anderen den Ausbau einer Strasse oder die Herstellung der Kanalisation und Wasserleitung zu fordern, vergl. KG in Seufferts Archiv Band 56 S.177; RG.Warneyer Band 3, Nr.7 ; RG Band 57 S.333, Band 60, S.317 .

Man könnte höchstens daran denken, mit dem Badenwerk für den Fall der Nichterfüllung der obengenannten Verpflichtung eine Konventionalstrafe (§§ 339 ff) zu vereinbaren . Diese Konventionalstrafe könnte dann durch eine Sicherungshypothek auf den Grundstücken dinglich gesichert werden . Die Vereinbarung einer Vertragsstrafe hätte die Wirkung , dass die Interessengemeinschaft im Falle der Nichterfüllung der obigen Vereinbarung durch das Badenwerk von diesem statt Erfüllung die verwirkte Strafe fordern könnte . Der Strafanspruch würde dann den Mindestbetrag des tatsächlichen Schadens bedeuten , dessen Höhe nicht nachgewiesen werden muss . Hiervon unbeschadet kann die Interessengemeinschaft einen höheren Schadenersatz fordern, wenn es ihr gelingt, einen entsprechend höheren Schaden nachzuweisen .

Wir können aber eine solche Vereinbarung einer Konventionalstrafe mit dinglicher Sicherung nicht für zweckmässig halten. Das Badenwerk dürfte doch wohl auch für eine blosse obligatorische Verpflichtung " gut " sein. Bei einer Vertragsverletzung durch das Badenwerk würde man deshalb auch mit dem Schadenersatzanspruch wegen Nichterfüllung auskommen . Ausserdem glauben wir kaum, dass das Badenwerk eine Vereinbarung in dem obigen Sinne abzuschliessen bereit sein wird .

Zu der mit dem Badenwerk getroffenen Vereinbarung (vergl. Schreiben des Badenwerks vom 24.8.1948) bemerken wir im übrigen fürsorglich noch folgendes :

Das Badenwerk soll das Recht haben " Abnehmer nach allgemeinen Tarifpreisen jederzeit an die Station anzuschliessen, ohne dass diese eine Entschädigung zu zahlen hat ." Es könnte hier die Gefahr bestehen, dass der allgemeine Tarif und der Sondertarif (der die Mitglieder der Interessengemeinschaft berührt) so weit aneinander angenähert werden können , dass das Badenwerk die eingegangene Verpflichtung umgehen kann . Ob diese theoretische Möglichkeit von praktischer Bedeutung ist, entzieht sich im Augenblick ohne Kenntnis des näheren Sachverhalts unserer Beurteilung .

Wir stehen zu etwaigen Rückfragen und zur etwaigen Formulierung der zu treffenden Vereinbarung, die sehr sorgfältig geprüft werden müsste, jederzeit zur Verfügung .

Mit vorzüglicher Hochachtung !

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Aktenvermerk:

Betr: Interessengemeinschaft Industrieaufbau Sandhausen

Herrn Dr. Otto:

Die Verpflichtung des Badenwerks, alle S o n d e r -
Abnehmer an die Interessengemeinschaft zu verweisen und ihren
Anschluss von einer Tragung der anteiligen Baukosten am
Transformatornhaus abhängig zu machen, kann in dieser Form
nicht durch Grundbucheintragung gesichert werden.
Das BGB erkennt grundsätzlich nur dingliche Rechte als
eintragungsfähig an (vgl. Staudinger zu § 873 BGB.)
Es ist deswegen z.B. von der Rechtsprechung als nichteintragbar
bezeichnet worden das Recht, von einem anderen den Ausbau
einer Strasse oder die Herstellung der Kanalisation und
Wasserleitung zu fordern, vgl. RG in Seuff. Archiv Bd. 56 S. 333
177, RG Warneyer Bd. 3 Nr. 7, RG Bd. 57 S. 333, Bd. 60, S. 317)

Zu denken wäre daran, mit dem Badenwerk für den Fall
der Nichterfüllung der oben genannten Verpflichtung eine
Konventionalstrafe (§§ 339ff BGB) zu vereinbaren. Eine
dingl. Sicherung dieser Konventionalstrafe, etwa durch
Sicherungshypothek, käme wohl auch nicht in Frage. Das
Badenwerk dürfte auch für eine blosse obligatorische
Verpflichtung "gut" sein. Die Vereinbarung einer Vertragsstrafe
hätte die Wirkung, dass die Interessengemeinschaft im
Fall der Nichterfüllung der obigen Vereinbarung durch das
Badenwerk von diesem statt Erfüllung die verwirkte Strafe
fordern kann. Das Verhältnis des Strafanspruchs zum Anspruch
auf Schadensersatz wegen Nichterfüllung wäre, dass die
verwirkte Strafe als Mindestbetrag des tatsächl. Schadens
begehrt werden könnte.

Bei einer Vertragsverletzung durch das Badenwerk dürfte man
aber auch mit dem Schadensersatzanspruch wegen Nichterfüllung
auskommen.

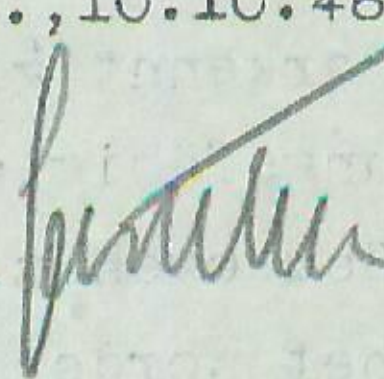
In der Vereinbarung zwischen Interessengemeinschaft und
Badenwerk (s. das Schreiben des Badenwerks vom 28.8.48)
wäre im übrigen folgende Bestimmung nochmals zu überprüfen:

"Das Badenwerk hat jedoch das Recht, Abnehmer nach

allgemeinen Tarifpreisen jederzeit an die Station anzuschliessen, ohne dass diese eine Entschädigung zu zahlen haben.

Besteht hier keine Gefahr, dass der allg. Tarif und der Sonderterif (der die Mitglieder der Interessengemeinschaft berührt) sich so nähern können, dass das Badenwerk die fragliche Verpflichtung umgehen kann? (ist anhand der Tarife zu prüfen!)

H., 10.10.48



Heidelberg, 27. September 1948
Dr.O./Kr.

Betr.: Interessengemeinschaft Industrieaufbau Sandhausen

A k t e n n o t i z

Konferenz mit Herrn v. Schweinitz, Geschäftsführer
der Interessengemeinsch. Industrieaufb. Sandhausen.

Herr Johannes Becker ist Vorsitzender der Interessengem. Industrieaufb. Sandhausen, die lt. Anlage sich zusammengetan hat, um eine Stromanschlussanlage (Transformatornhaus) für mehrere Industriefirmen in der dortigen Gegend zu errichten. Es soll ein Vertrag mit dem Elektrizitätswerk (Badenwerk) gefertigt werden, durch den das Badenwerk verpflichtet wird, alle Sonderabnehmer an die Interessengemeinschaft zu verweisen und ihren Anschluss von einer Tragung der anteiligen Baukosten abhängig zu machen, die an die Interessengemeinschaft oder deren Rechtsnachfolger bzw. Mitglieder zu zahlen wären. Diese Verpflichtung soll nach der Meinung einer der Mitgliedsfirmen dinglich durch einen Eintrag im Grundbuch gesichert werden. Wir sollen prüfen, ob eine solche Sicherung tunlich ist und in welcher Form sie konstruiert werden könnte. Herr v. Schweinitz übergibt mir zu den Akten den Wortlaut des Gesellschaftsvertrags sowie den Schriftwechsel mit dem Badenwerk A.G.

Unsere gutachtliche Stellungnahme soll an Herrn Becker geleistet werden.

Akt anlegen!

Wv. sofort!

Heidelberg, 11. September 1913
Dr. G.

Beitrag zur Interessengruppentheorie

Aktien und Aktien

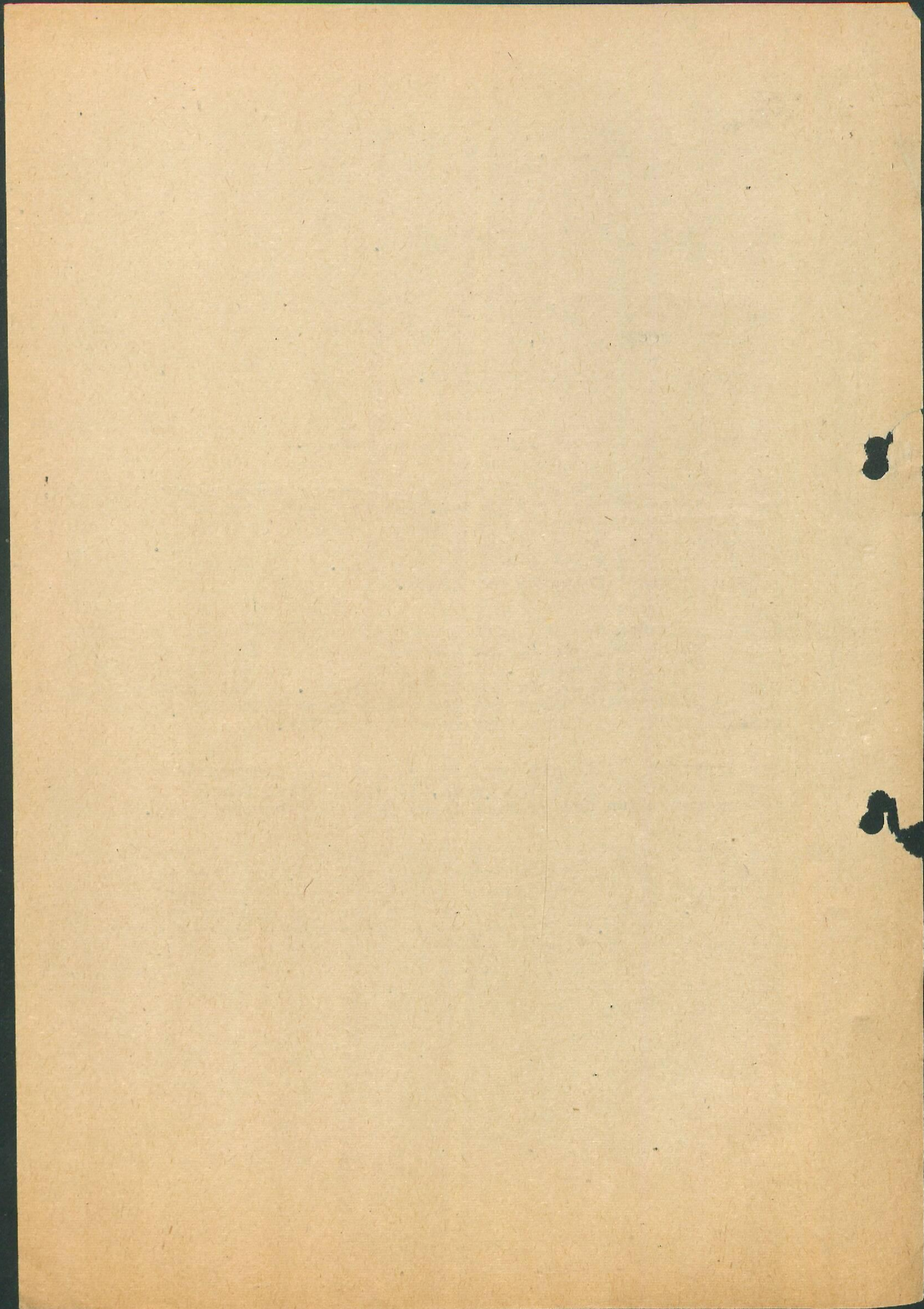
Konferenz mit Herrn v. Schweinitz, Geschäftsführer
der Interessengruppentheorie, Industrieller, Sachverständiger.

Herr Johannes Becker ist Vorsitzender der Interessengruppen.
Industrieller, Sachverständiger, die i. d. Anlage sich zusammenschließen
hat, um eine Stromschlüsselanlage (Transformatorenstation) zu
mehrere Industriellen in der dortigen Gegend zu errichten.
Es soll ein Vertrag mit dem Elektrizitätswerk (Bodenwerk) ge-
fertigt werden, durch den das Bodenwerk verpflichtet wird, alle
Sondernehmer an die Interessengruppentheorie zu verkaufen
und ihren Anschluss von einer Leitung der anstehenden Bodenwerke
abhängig zu machen, die an die Interessengruppentheorie oder
deren Rechtsnachfolger bzw. Mitglieder zu zahlen wären. Diese
Verpflichtung soll nach der Meinung einer der Mitglieder
hängen durch einen Vertrag in Grundbuch eingetragen werden.
Wir sollen prüfen, ob eine solche Störung möglich ist und in
welcher Form sie konstatiert werden könnte. Herr v. Schweinitz
überlegt mir zu den Akten der Gesellschaftsverträge
sowie der Mitteilungsblätter mit dem Bodenwerk A.G.

Unsere gütliche Stellungnahme soll an Herrn Becker
geleitet werden.

Aktien und Aktien
Dr. G.

- 1) Die Interessengemeinschaft Industrieaufbau Sandhausen ist eine Gelegenheitsgesellschaft, die die allgemeinen Interessen der ihr angehörenden auf dem neuerschlossenen Industriegelände in Sandhausen bauenden oder eine Niederlassung beabsichtigenden Industrie und Handelsfirmen gegenüber Behörden, Versorgungs- und anderen Einrichtungen vertritt. Ihre Aufgabe ist die Förderung der Erschliessung des Industriegeländes und der Bauvorhaben ihrer Mitglieder.
- 2) Personen oder Firmen, die in den Kreis der auf dem genannten Industriegelände bauenden oder einen Bau planenden Firmen eintreten oder bereits produzierende Firmen, die durch die Lage ihres Werks an der Erschliessung des Industriegeländes interessiert sind, können der Interessengemeinschaft jederzeit beitreten.
- 3) Die Mitgliedschaft bei der Interessengemeinschaft kann vom Quartalsbeginn zum Quartalsschluss gekündigt werden.
- 4) Die Interessengemeinschaft wird durch Mehrheitsbeschluss aufgelöst, sobald ihre Aufgabe erfüllt ist. Wenn der Auflösungsbeschluss zu einem früheren Termin gefasst wird, kann die Minderheit unter Übernahme der Aktiva und Passiva die Interessengemeinschaft fortführen. Der Auflösungsbeschluss erfolgt mit einfacher Mehrheit. Die Stellungnahme kann brieflich oder durch Telegramm erfolgen.
- 5) In den Vorstand der Interessengemeinschaft werden drei Mitglieder der Gesellschaft oder von solchen namhaft gemachte Vertreter mit einfacher Mehrheit gewählt. Der Bürgermeister von Sandhausen ist Mitglied des Vorstandes mit beratender Stimme. Er ist berechtigt Angehörige der Gemeinde oder des Gemeinderats zu Sitzungen der Interessengemeinschaft oder ihres Vorstandes zuzuziehen.
- 6) Der Vorstand stellt mit Genehmigung der Mitgliederversammlung einen oder mehrere Geschäftsführer an, die die Interessengemeinschaft nach aussen vertreten und erteilt ihnen Zeichnungsberechtigung.
- 7) Die Unkostenbeiträge der Mitglieder werden durch die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes festgelegt. Über ihre Verwendung wird am Schluss des Geschäftsjahres durch die Geschäftsführung Rechnung abgelegt. Das Geschäftsjahr entspricht für die Interessengemeinschaft dem Kalenderjahr. Bei Auflösung der Interessengemeinschaft würde der Kassenbestand anteilmässig auf die Mitglieder aufgeteilt. Bei Austritt eines Mitglieds wird der auf ihn entfallende Anteil so errechnet, als ob die Interessengemeinschaft mit dem Wirksamwerden des Austritts aufgelöst würde.



Anlage 2.

A b s c h r i f t
=====

Sandhausen, den 24.8.48.

Interessengemeinschaft
Industriearbeit Sandhausen

An das
Badenwerk
Karlsruhe

Die Interessengemeinschaft ist unterrichtet worden, dass das Badenwerk für die Errichtung einer Transformatorenstation auf dem neuerschlossenen Industriegelände in Sandhausen einen verlorenen Baukostenzuschuss von DM 10 000,- fordert.

Diese Mitteilung ist erstmalig gemacht worden - und kam daher überraschend - als die Interessengemeinschaft auf Grund der mit dem Badenwerk getroffenen Vereinbarung an die Errichtung der Station gehen wollte. Die erwähnte Vereinbarung ist getroffen worden durch ein Angebot des Badenwerks vom 4.5.48 (siehe Anlage), das die Errichtung einer behelfsmässigen Station durch die Interessengemeinschaft auf ihre Kosten vorsah und deren Ersetzung durch eine endgültige Station durch die Interessengemeinschaft innerhalb einer bestimmten Frist. Die endgültige Station sollte nach Fertigstellung von Badenwerk "käuflich" übernommen werden. Dieses Angebot ist von der Interessengemeinschaft durch Schreiben vom 11.5.48. angenommen und als verbindlich betrachtet worden.

Die provisorische Regelung der Angelegenheit durch Errichtung einer behelfsmässigen Station war entgegen den ursprünglichen Wünschen des Badenwerks auf Bitten der Interessengemeinschaft vorgesehen worden, weil die vor der Währungsreform bestehenden Materialbeschaffungsschwierigkeiten zunächst unwürdigen werden sollten. Da dies sich inzwischen erledigt hat, trat die Interessengemeinschaft wegen unmittelbarer Errichtung der endgültigen Station an das Badenwerk heran. Hierauf erfolgte die durchaus überraschende Forderung eines verlorenen Baukostenzuschusses, die bei den bisherigen Verhandlungen mit keinem Wort erwähnt worden war.

Die Interessengemeinschaft ist der Auffassung, dass diese Forderung der mit dem Badenwerk getroffenen Vereinbarung widerspricht. Dass die fertiggestellte Station vom Badenwerk "käuflich" übernommen wird" musste so aufgefasst werden, dass das Badenwerk den Preis bezahlen würde. Eine solche Vereinbarung wäre sinwidrig gewesen, wenn die Interessengemeinschaft ihrerseits zu Zahlungen verpflichtet gewesen wäre, die erheblich über den Preis der Station hinausgegangen wären. Im übrigen ist eine derartige Forderung, wie bereits gesagt, in den schriftlichen Abmachungen gar nicht und nicht einmal mündlich erwähnt worden.

Abgesehen von dieser Vereinbarung kann sich die Interessengemeinschaft aber mit dem vom Badenwerk eingenommenen Standpunkt nicht einverstanden erklären, dass es sich um Errichtung einer Station für Sonderabnehmer handle, die 50 % der Unkosten zu tragen hätten.

Hierfür könnte nur die Rede sein, wenn ~~100%~~ die Station in Eigentum der Interessengemeinschaft bliebe oder zum mindesten für den ausschliesslichen Gebrauch der Betriebe vorgesehen wäre, von denen dieser Baukostenzuschuss verlangt wird. Tatsächlich ist jedoch die Errichtung eines neuen Stromverteilungsnetzes geplant, an das das Badenwerk in Zukunft eine nicht begrenzte Zahl von Teilnehmern anzuschliessen beabsichtigt. Es besteht keinerlei Veranlassung, die als erste produktionsfertigen Betriebe des Sandhausener Industriegeländes in nennenswerter Masse an den Unkosten dieses Netzes zu beteiligen, das anschliessend vom Badenwerk gewinnbringend durch Anschluss anderer an die Errichtungskosten nicht beteiligter Firmen weiterverwendet wird.

Es kann sich Aufgabe einiger z.Zt. in fortgeschrittenem Baustadium befindlicher Firmen sein, die Hälfte der Kosten für die Stromversorgung des Sandhausener Industrieprojekts zu tragen, während die später hinzutretenden Firmen keinerlei derartige Aufwendungen zu machen hätten, und das Badenwerk den geschäftlichen Nutzen aus der sich vergrößernden Zahl der Stromabnehmer ziehen würde.

mit vorzüglicher Hochachtung

Interessengemeinschaft Industrieaufbau

Sandhausen

gez: Schweinitz

Anlage 3.

A b s c h r i f t
=====

Badenwerk A.G.
Karlsruhe i.B., Nebelstr. 2-4

Interessengemeinschaft
Industrieraufbau Sandhausen
(17a) Sandhausen
Waldstr.

Unsere Zeichen: D_r.Kr/Gs Tag: 24.8.48.

Betreff: Stromversorgung des Industriegebiets Sandhausen

Unter Bezugnahme auf die mit Ihnen heute in Karlsruhe gehabte Besprechung bestätigen wir Ihnen unseren Vorschlag wegen des Anschlusses der Interessengemeinschaft Industrieraufbau Sandhausen wie folgt:

Das Badenwerk übernimmt die Stromlieferung in das Industriegebiet. Die Interessengemeinschaft Industrieraufbau Sandhausen erstellt als Anschlusspreis das Gebäude für die Transformatorenstation nach unseren Plänen und Anweisungen. Dieses Gebäude samt Grundstück übereignet die Interessengemeinschaft dem Badenwerk. Die einzelnen Abnehmer der Interessengemeinschaft zahlen an das Badenwerk die Anschlusspreise nach unseren allgemeinen Bedingungen für die Niederspannungsleitungen von der Station zu den einzelnen Anwesen, welche von uns erstellt werden. Mit diesen Abnehmern würden die entsprechenden Stromversorgungsverträge von uns zu gegebener Zeit abgeschlossen. Die Anträge der Abnehmer wären bei unserem Betriebsbüro Wiesloch einzureichen.

Wir sind damit einverstanden, dass die Interessengemeinschaft auf die Dauer von 5 Jahren von weiteren Sonderabnehmern, welche an die Station angeschlossen werden, eine angemessene Entschädigung verlangt. Wir werden daher neu hinzukommende Abnehmer innerhalb dieser Frist an die Interessengemeinschaft verweisen. Das Badenwerk hat jedoch das Recht, Abnehmer nach allgemeinen Tarifpreisen jederzeit an die Station anzuschliessen, ohne dass diese eine Entschädigung zu bezahlen haben.

Einen Vertragsentwurf über die Übereignung der Station werden wir Ihnen zu gegebener Zeit vorlegen. Dieser Vertrag wäre dann der guten Ordnung wegen vor der Aufnahme der Stromlieferung abzuschliessen. Die Baupläne für Ihre Station wollten Sie inzwischen bei unserem Betriebsbüro abholen.

Wir bitten um Ihre Rückäusserung.

Hochachtungsvoll
Badenwerk
Aktiengesellschaft
gez: Unterschriften.

=====

...

...

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..